



„Das waren außerordentliche Leistungen“

ÖBB. Die Chefin der ÖBB-Immobilientochter,

Michaela Steinacker, wehrt sich gegen die „Polemik des Rechnungshofs“.

VON GERHARD HOFER

Die Presse: 416.000 Euro haben Sie 2006 als Chefin der ÖBB-Immobilientochter verdient. Der Rechnungshof hat diese Gage als überhöht kritisiert. Oppositionspolitiker sprachen von „Gagenorgie“. Im Juli wechseln Sie zu Raiffeisen. Werden Sie dort genauso viel verdienen?

Michaela Steinacker: Es stimmt, dass ich 2006 so viel verdient habe. Im Rechnungshofbericht wird allerdings nicht erläutert, dass darin auch die Prämien und Leistungsboni für 2005 enthalten sind. Das finde ich vom Rechnungshof nicht ganz korrekt. Dieses

leistungsorientierte Entgelt, das zusätzlich zu meinem Grundgehalt vereinbart worden ist, das musste ich mir auch verdienen. Das waren ja auch außerordentliche Leistungen.

Für diese außerordentlichen Leistungen stand Ihnen ein Bonus von 50 Prozent des Grundgehalts zu. Sie kassierten aber weitere 20 Prozent Sonderbonus, die für den Rechnungshof „sachlich nicht nachvollziehbar sind“. Werden bei den ÖBB nach Gutdünken Boni bezahlt?

Steinacker: Ich erhielt diesen Sonderbonus für die Abwicklung von Großprojekten. Keiner hat es für möglich gehalten, dass dies in dieser Zeit auch machbar ist. Etwa der Verkauf des Bahnhofs Wien-Mitte. Und daraufhin hat der Eigentümer entschieden, dass sich diese außerordentliche Leistung eine zusätzliche Honorierung verdient. Das ist am Markt in einer ganz normalen Firma üblich.

Die ÖBB sind aber keine „ganz normale Firma“. Da geht es um sehr viel Steuergeld, das nicht nur in zusätzliche Sonderboni investiert worden ist. Es wurde auch ein Gutachter bevorzugt engagiert, ohne Vergleichsangebote einzuholen. Manche Gutachter-Aufträge seien mündlich vergeben worden, kritisiert der Rechnungshof.

Steinacker: Der Rechnungshof hat sich 70 Geschäftsfälle angesehen, 13 haben in den Bericht Eingang gefunden. Wir haben in diesen drei Jahren 458 Immobilien-Transaktionen durchgeführt. Dass wir uns sehr oft an denselben Gutachter gewandt haben, hängt damit zusammen, dass dieser die größte Haftpflichtversicherung hat. Und bei derart großen und heiklen Geschäften ist dies ein wesentlicher Punkt.

Warum haben Sie diesen „wesentlichen Punkt“ nicht gleich in der Ausschreibung an-

geführt?

Steinacker: Kein Mensch, keine Firma und kein Geschäftsführer ist unfehlbar. Im Nachhinein ist man immer gescheiter.

Und was war mit den freihändig vergebenen Gutachter-Aufträgen?

Steinacker: Jene Gutachten, die ich mündlich vergeben habe, waren unter jeder Grenze der Ausschreibungspflicht. Da handelt es sich um Aufträge im Wert von maximal 10.000 Euro.

Die Zusammenfassung des Rechnungshofberichtes ist, sagen wir einmal, sehr pointiert formuliert. Ärgert Sie das?

Steinacker: Mich stört ein bisschen die Polemik. Dass meine Gage mit jener des Bundeskanzlers verglichen wird und nicht mit anderen Managern, die ein derart großes Immobilienunternehmen leiten. Mich ärgert auch, dass meine ganze Aufbauarbeit des ersten Jahres als „Ausgangslage“ herangezogen wird. Als ich ganz am Anfang die Liste der Mitarbeiter bekommen habe, hab ich gedacht, ich werd' verrückt. Ich hatte nämlich 25 Prozent Fahrdienstleiter. Da hab ich mir gedacht: Um Gottes Willen, wie soll ich da eine Immobiliengesellschaft aufbauen? Es ist gelungen, Fahrdienstleiter innerhalb kürzester Zeit in Immobilienverwalter umzuschulen. Heute läuft das perfekt. Und die Leute sind mit ihrer Arbeit glücklich und zufrieden. Mittlerweile werden uns diese Leute abgeworben.

Wenn Sie so gut gewirtschaftet haben und der Rechnungshofbericht ihrer Meinung nach vor allem polemisch ist: Warum verlassen Sie dann die ÖBB?

Steinacker: Ich finde bei Raiffeisen mindestens eine ebenso spannende Aufgabe. Ich muss seit Monaten die exzellente Arbeit meines Teams hier verteidigen und kann meine Kraft nicht in die Arbeit stecken. Das stört mich. Und es ist nicht absehbar, dass sich dieser Zustand ändern wird. Zumindest solange sich die Politik einmischet.

Die Politik hat sich immer in die ÖBB eingemischt. Jetzt mischt aber die SPÖ wieder mit...

Steinacker: Wir spüren sicher jetzt die Vertretung des Eigentümers stärker.

Zurück zur Rechnungshof-Kritik. Der bemängelt eine fehlende Unternehmensstrategie...

Steinacker: Unsere Strategie war es, einen Immobilien-Dienstleis-

ter aufzubauen, der marktorientiert arbeitet und bestmöglich wirtschaftet. Ich hatte zu Beginn meine Mitarbeiter in Wien auf acht Standorte verteilt. Es gab keine Liste, auf der stand, welcher ÖBB-Mitarbeiter wo sitzt. Wir mussten erst einmal erheben, wer wo hingehört. Und dann konnten wir uns an unsere erste Zielvorgabe machen: Nämlich die durchschnittlich 35 genutzten Quadratmeter pro Mitarbeiter auf 20 zu reduzieren.

Sie mussten also erst einmal die Weichen stellen, um ein Ziel in Angriff zu nehmen...

Steinacker: Ich habe dem Rechnungshof die Immobilien-Strategie samt Erläuterungen zukommen lassen. Mir ist unverständlich, warum er das nicht als ausreichend empfunden hat.

Der Rechnungshof hat auch ein „Vier-Augen-Prinzip“ vermisst. Es hätte einen zweiten Geschäftsführer der Immo-Gesellschaft geben sollen. Warum wurde das in drei-einhalb Jahren nicht gemacht?

Steinacker: Wir haben jedes Geschäft dem Vorstand der Bau-AG vorgelegt. Und dieser hat dann den Aufsichtsrat informiert. Das war bei jedem Immobilien-Transfer ab 70.000 Euro der Fall.

Aber unter 70.000 Euro konnten Sie alleine entscheiden. Das ist ja auch viel Geld...

Steinacker: Aber da waren immer mehrere Sachbearbeiter involviert, bevor ich als Kontrollorgan einen Antrag genehmigt oder nicht genehmigt habe.

Sie haben meine erste Frage noch nicht beantwortet: Werden Sie bei Raiffeisen auch so gut verdienen?

Steinacker: Gott sei Dank ist das Einkommen in der Privatwirtschaft meine Privatsache.

ZUR PERSON

Michaela Steinacker übernahm Anfang 2005 die ÖBB-Immobilientochter. Erstmals sollte die Bahn ein professionelles Immobilien-Management erfahren. Die ÖVP-nahe Managerin und Vertraute des mittlerweile zurückgetretenen ÖBB-Chefs Martin Huber geriet ins Visier des Rechnungshofs und der Politik. Im Juli wird sie in den Raiffeisen-Konzern wechseln, wo sie ebenfalls für die Immobiliengeschäfte zuständig sein wird.

[Clemens Fabry]

